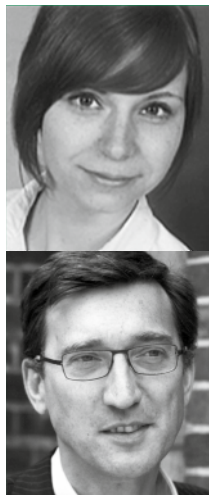


Prof. Frank Schwartz, Ulrike Schinkel

# Herausforderung nachhaltiger und integrierter Stadtplanung für Ho-Chi-Minh-Stadt, Vietnam



Im Süden Vietnams, im Delta des Mekong-Flusses, liegt Ho-Chi-Minh-Stadt, die wirtschaftliche Metropole der Sozialistischen Republik Vietnam. Infolge der ökonomischen Reformen und der Erneuerungspolitik der 1990er Jahre (Doi-Moi-Politik) hat die Stadt nach der Abkehr von der staats gelenkten Wirtschaftspolitik einen rasanten Aufschwung erlebt. Der folgende Beitrag legt vor diesem Hintergrund den Fokus auf die Rolle der Stadtplanung zur Steuerung einer nachhaltigen Stadtentwicklung in der schnell wachsenden Megastadt Ho Chi Minh. Dabei steht neben der Darstellung der Entwicklungsprozesse die Frage integrativer Planung im Vordergrund, sowohl in Bezug auf die Integration sektoraler Belange wie auch in Bezug auf die Möglichkeiten der Beteiligung der Bevölkerung an Planungen und Entscheidungen<sup>1</sup>.

Die Organisation des rasanten städtischen Wachstums der 7,5-Millionen-Einwohner-Stadt mit den Aufgaben der Wohnungsverorgung, Infrastrukturentwicklung und Gewerbe- und Industrieentwicklung vollzieht sich im Kontext unzureichender Instrumente und Organisationsformen städtischer Entwicklungssteuerung sowie begrenzter Kapazitäten. Die Stadtentwicklung gerät zunehmend unter Druck durch die negativen Folgen einer wenig nachhaltigen städtebaulichen Entwicklung während der vergangenen zwei Jahrzehnte, die durch die möglichen Folgen des Klimawandels, wie Meeresspiegelanstieg, verstärktem Tidenhub, stärkeren und häufigeren Starkregenereignissen sowie steigenden Temperaturen in Zukunft noch intensiver spürbar werden.<sup>1</sup>

## Herausforderungen nachhaltiger Stadtentwicklung

Ho-Chi-Minh-Stadt, die größte Stadt Vietnams, ist mit ihren offiziell 7.521.138 Einwohnern im Jahr 2011 (Statistical Office Ho Chi Minh 2011) zuzüglich der nicht genau bezifferbaren Arbeitsmigranten Teil eines Agglomerationsraums von mehr als 16 Millionen Einwohnern. Bei einem erwarteten weiteren

Bevölkerungswachstum von jährlich 2 bis 3,5% wird die Bevölkerung in den nächsten zehn bis zwölf Jahren die Zehn-Millionen-Marke überschreiten und der Agglomerationsraum 25 Millionen Einwohner umfassen (SIUP South/MoC 2007; UPI/Nikken Sekkei 2007). Die Stadtregion ist das wichtigste ökonomische Zentrum Vietnams, in der 70% der Exporteinnahmen und 40% des Bruttoinlandsproduktes erwirtschaftet werden. Mit einer erwarteten Wirtschaftswachstumsrate von weiterhin 7% p.a. ist Ho-Chi-Minh-Stadt neben Hanoi eine der am schnellsten wachsenden Metropolen und Stadtregionen der Welt (PriceWaterhouseCoopers 2009).

Die ursprüngliche Khmer-Gründung auf dem Gebiet des heutigen, noch immer Saigon genannten Innenstadtgebietes, hatte sich bis zur Einnahme durch die Franzosen 1859 zu einem Handelsplatz mit Zitadelle entwickelt, der unter französischer Herrschaft zum Haupt- und Verwaltungssitz der Kolonialregierung ausgebaut wurde. Die Struktur der kolonialen Stadt mit ihren breiten, im regelmäßigen Raster angelegten, von schattenspendenden Bäumen bestandenen Boulevards und den ein- bis zweigeschossigen Privat- und Verwaltungsbauten, prägt noch heute den Kern der Stadt. Die Stadt spielte weiterhin eine zentrale Rolle als Handelsplatz und überschritt nach 1945 die Grenze von einer Million Einwohnern. Bis zum Ende des Vietnamkrieges 1975 blieb Saigon Sitz der Regierung Südvietnams; im Jahr 1976, auch bedingt durch die Aufnahme von Flüchtlingsströmen, erhöhte sich die Bevölkerungszahl auf ca. 2.4 Millionen.

<sup>1</sup> Der Beitrag steht im Kontext eines vietnamesisch-deutschen Forschungsvorhabens im Rahmen des BMBF-Förderschwerpunktes „Forschung für die nachhaltige Entwicklung der Megastädte von morgen“, welches die Entwicklung von klimaangepassten und energieeffizienten Stadtstrukturen in Ho-Chi-Minh-Stadt thematisiert und welches von 2008 bis 2013 am Lehrstuhl Stadtplanung und Raumgestaltung der BTU Cottbus federführend bearbeitet wird. (Weitere Informationen: <http://www.megacity-hcmc.org>)



Nach den Doi-Moi-Reformen, der im Jahre 1986 vollzogenen Abkehr von der staatsgelenkten Wirtschaft hin zur Öffnung des Landes für ausländische Investitionen, stieg die Bevölkerungszahl in der Folge von wirtschaftlicher Entwicklung und Freizügigkeit auf die heute ca. 7.5 Millionen rasant an. Die dadurch ausgelöste Urbanisierung hat im gleichen Zeitraum das Stadtbild und die Stadtstruktur grundlegend verändert. Die Konsequenzen dieser massiven Urbanisierung der vergangenen zwei Jahrzehnte, die nur wenig Rücksicht auf soziale und naturräumliche Belange und Bedingungen genommen hat, äußert sich darüber hinaus in der regelmäßigen Überflutung von niedrig gelegenen Stadtteilen nach starken Regenfällen und Hochwasserereignissen sowie durch die Bildung von Heat-Islands, innerstädtischen Bereichen, die besonders hohem Hitzestress ausgesetzt sind.

Ho-Chi-Minh-Stadt gehört zu den zehn Städten weltweit, deren Bevölkerung zukünftig am stärksten von Klimawandel folgen betroffen sein wird (ADB 2010, S. 2). Wie andere Megastädte in den Küstenregionen Asiens ist die Stadt aufgrund ihrer Lage im niedrig gelegenen Deltaraum des Mekong-Flusses und in direkter Lage am Saigon-Fluss extrem anfällig für Überflutungen. 40% der Landfläche der Stadt liegen auf einer Höhe von 0 bis 1 Meter über dem Meeresspiegel, 15 bis 20% auf einer Höhe von ein bis zwei Metern. Der aktuelle Tidenhöchststand liegt bei 1,5 Metern, so dass rechnerisch 32% der aktuell bebauten Fläche des Stadtgebiets bereits von Überflutungen betroffen sind (Labaeye et al. 2012, S. 373). Ähnliches gilt für die südlichen Bereiche im Agglomerationsraum, wie die 40 km südlich an der Küste des Südchinesischen Meeres gelegene Hafenstadt Vung Tau, und andere regionale Zentren (ADB 2010). Eine Anfälligkeit, die aufgrund des prognostizierten klimawandelbedingten Anstiegs des Meeresspiegels von 30 cm (2050) bis 80 cm (2100) als auch den zunehmenden Starkregenereignissen weiter steigen wird (Labaeye et al. 2012, S. 370).

Während die Khmer-Zitadelle und auch die französische Planstadt noch auf verhältnismäßig sicherem Gelände auf 5 Meter über Normalnull angesiedelt war, haben die Flüchtlings- und Zuzugswellen der 1970er Jahre, wie auch die aktuellen Entwicklungen, zunehmend das niedrig gelegene Fluss- und Schwemmland für die Urbanisierung in Anspruch genommen. Zum Schutz vor der Überschwemmung neuer Siedlungsgebiete wird großflächig Marsch- und Sumpfland künstlich aufgeschüttet, um eine sichere Höhe von ca. 2,5 bis 3 Meter über dem Meeresspiegel zu erreichen. Dies geht einher mit großflächigen Versiegelungen und einer häufig nicht ausreichenden Dimensionierung der städtischen Kanalisation, die in der Konsequenz zu den Überschwemmungen führen. Von Überflutungen besonders betroffen sind Siedlungen in tief gelegenen Gebieten in direkter Nachbarschaft zum Saigon-Fluss und den zahlreichen Kanälen, die vorrangig von Niedrigverdienern bewohnt werden; zusätzlich führen hier hohe Bebauungsdichten und Versiegelungsgrade zu erhöhtem Hitzestress.

## Stadtentwicklungsplanung

Die Stadtentwicklungsprozesse lassen sich räumlich wie folgt charakterisieren: Formale Entwicklung findet vorrangig im Süden, informelles Wachstum im Norden statt. Mit der 1993 begonnenen Entwicklungsmaßnahme für den neuen Stadtteil Phu My Hung oder auch Saigon South wurde städtebaulich und infrastrukturell eine Ausrichtung der Stadtentwicklung nach Süden forciert, die fast ausschließlich niedrig gelegene Sumpf- und Mangrovenlandschaft in Anspruch nimmt. Diese Entwicklung qualifizierter neuer Wohn- und Dienstleistungsstandorte, wie auf der Halbinsel Thu Thiem östlich des Zentrums, wird ergänzt durch die geplante Verlagerung innerstädtischer Industriestandorte und Hafenanlagen, z.B. hin zum neuen Hafen- und Industriestandort in Hiep Phuoc – ebenfalls im Süden des Stadtgebiets gelegen.



Abb. 1: Innerstädtische Nachverdichtung (Foto: Schinkel 2010)

Die durch vergangene Masterpläne vorgesehene Entwicklung der Stadt 'Towards the Sea' wird noch immer verfolgt und wird auch in Zukunft nur durch massive Landaufschüttungen und die damit einhergehende Versiegelung und Vernichtung wichtiger Versickerungs- und Retentionsräume möglich sein. Parallel zu diesen von internationalen Entwicklungsgesellschaften in staatlich-privaten Joint Ventures umgesetzten formellen Planungen vollzieht sich auf den höher gelegenen Flächen im Norden des Stadtgebietes eine mehr oder minder informelle Entwicklung und kontinuierliche Ausdehnung des bebauten Gebietes in einer dichten Mischung aus Gewerbe, Wohn- und Geschäftsbauten. Im Innenstadtzentrum, dem Distrikt 1, überlagern sich beide Prozesse. Die Überformung der offenen Bebauung der Kolonialzeit durch neue Hochhäuser, wie auch durch eher kleinteilige Veränderungen durch An-, Um- und Ausbauten, hat sich in den letzten beiden Jahrzehnten rein informell und ohne übergreifende Planung und Steuerung vollzogen.

Seitens der Planungsbehörden wird zunehmend der Verlust des baukulturellen Erbes, das einen wesentlichen Beitrag zur



städtischen Qualität und Besonderheit der Stadt leistet, beklagt. Es fehlen aber rechtliche Mittel und politischer Wille, hier eine Politik der Erhaltung und Sicherung umzusetzen. Mit dem neuen Masterplan für die Innenstadt, entwickelt auf der Grundlage eines städtebaulichen Wettbewerbes von 2007, liegt jetzt erstmals ein formaler Plan vor, der den großflächigen Umbau und die Verdichtung der Innenstadt mit Hochhäusern entlang städtebaulicher Achsen, in Teilbereichen aber auch die Sicherung der ‚grünen Stadt‘ als Charaktermerkmal der alten Kolonialstadt, zum Ziel hat.

Wirtschaftliche Dynamik, Bevölkerungszuzug sowie die planerisch gesteuerte Verlagerung der wesentlichen Industrie- und Arbeitsstandorte und die Dezentralisierung wichtiger öffentlicher Standorte treiben einen rasanten Stadtwachstumsprozess an, mit dem oftmals die Verdrängung der alteingesessenen Bevölkerung aus innerstädtischen Gebieten einhergeht. Der aktuelle Masterplan für die Stadt mit der Perspektive bis zum Jahr 2025 sieht eine weitere Ausdehnung der Entwicklungsflächen vor. Die bebauten Flächen der Stadt sollen in Folge der Planungen von 500 km<sup>2</sup> im Jahre 2010 auf 750 km<sup>2</sup> im Jahr 2025 erhöht werden. Davon werden sich ca. 360 km<sup>2</sup> in Flächen unter dem aktuellen maximalen Tidenhöchststand von 1,5 Metern befinden (Labaeye et al. 2012, S. 373). Die wesentlichen Orientierungen der räumlichen Entwicklung werden, trotz der bekannten Risiken, auch in Zukunft beibehalten. Neben der oben genannten Entwicklung in Richtung Süden sollen weitere Entwicklungskorridore entlang der Straßenverkehrsachsen ausgebaut und gestärkt sowie 15 Satellitenstädte, mit teilweise spezifischen funktionalen Aufgaben als Wissenschafts- und Bildungsstandorte, entwickelt werden.

Der Problematik der aus naturräumlichen Gründen begrenzten Flächen für Siedlungstätigkeit soll mit einem ‚Green Belt‘-Konzept begegnet werden. Dem Konzept entsprechend soll in den niedrig gelegenen Räumen um die Kernstadt herum keine weitere Urbanisierung forciert werden. Gleichzeitig werden aber weiterhin in niedrig gelegenen Gebieten Entwicklungsflächen in großem Maßstab ausgewiesen, für die aufwendige Lösungen zum Schutz vor Überflutung, z.B. durch Deichbau und Aufschüttungen, notwendig sind. Die damit weiter zunehmenden negativen Folgen der Bebauung und Versiegelung ökologisch wichtiger Niederungsgebiete als Rückhalte und Versickerungsflächen werden die aktuelle und zukünftig durch den Klimawandel verstärkte Problematik des Überschwemmungen im Stadtgebiet aller Voraussicht nach drastisch erhöhen, da nicht damit zu rechnen ist, dass technische Maßnahmen zur Sicherung der Siedlungsgebiete vor Hochwasserereignissen in notwendigem Maße umgesetzt werden können. Neben den immensen Kosten sind dafür auch die Probleme im Planungssystem und der Abstimmung der sektoralen Fachbelange verantwortlich.

## Planung und Integration

In Ho-Chi-Minh-Stadt sind, wie in ganz Vietnam, die Regelungen zur räumlichen Planung und Entwicklung von Städten auf verschiedene Verantwortlichkeiten und die damit verbundenen Planungsinstrumente verteilt. Die Regelungen entstammen in ihrer Logik dem Denken einer staatlich gelenkten Wirtschaft und erweisen sich im Kontext einer zumindest ökonomisch pluralistischen vom Markt gesteuerten Stadtentwicklung als zunehmend unbrauchbar, Entwicklungsziele umzusetzen, aber wie oben dargestellt, auch als nicht geeignet verschiedene Belange, insbesondere die der Umwelt, adäquat zu integrieren.

Drei Planungsstränge stehen nicht harmonisiert nebeneinander:

- der sozioökonomische Entwicklungsplan, der auf nationaler Ebene, wie auch nachgeordnet auf den lokalen bzw. städtischen Ebenen, die Verteilung der öffentlichen Mittel und Aktivitäten zur Aufgabe hat,
- die städtebaulichen Pläne, die in Form von Masterplänen für Städte, Distriktpläne für Stadtbezirke und Detailpläne für konkrete Baugebiete, Art und Maß der geplanten baulichen Nutzung sowie den Infrastrukturausbau im räumlichen Kontext bestimmen und
- der Nutzungsplan für den Boden, der die tatsächliche und geplante Nutzung der Ressource Boden dokumentiert bzw. festlegt.



Abb. 2: Innerstädtischer Block mit Shophausbebauung (Foto: Schinkel 2012)

Insbesondere zwischen den beiden letztgenannten Plänen und den für sie verantwortlichen Stellen, dem Bauministerium (MoC) auf staatlicher Ebene sowie den Bau- und Planungsämtern (DoC, DPA) auf lokaler Ebene wie dem Ministerium bzw. den lokalen Ämtern für Natürliche Ressourcen und Umwelt (MoNRE, DoNRE) besteht Unklarheit darüber, von welchem Instrument im Rahmen welches Abwägungs- und Planungsprozesses die gewünschte räumliche Entwicklung festgelegt wird.

Laut Gesetz hat der Nutzungsplan für Boden die Festlegungen der beiden anderen oben genannten Planwerke zu übernehmen (Gesetz über Grund und Boden). Auf dieser Grundlage werden dann die Landnutzungsrechte entsprechend den Festlegungen der Masterpläne oder auch anderer Wirtschaftspläne, wie z.B. für die Landwirtschaft auf Zeit, vergeben. Er entspricht demnach eher einem Wirtschaftsplan als einem Entwicklungsplan; eine Logik, die sich aus der sozialistisch bedingten staatlichen Kontrolle über den Boden ergibt und den Konflikt zwischen dem Interesse des Grundstückseigentümers und dem öffentlich-rechtlichen Planungsinteresse, wie z.B. in Deutschland, nicht kennt.

Die bei begrenztem Flächenangebot notwendigerweise entstehenden Nutzungskonflikte können durch diesen Übernahmemechanismus aber nicht geregelt werden. Für die Frage der Integration der Umweltbelange, vor allem der Freiraumbelange, die sich aus der fachlichen Notwendigkeit der planerischen Sicherung der niedrig gelegenen Sumpfbiete ergeben, kommt erschwerend hinzu, dass das vietnamesische Planungssystem keine räumlich wirksame Umweltgesetzgebung vorsieht. Das Umweltgesetz von 2005 sieht die Einführung der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) und der Strategischen Umweltprüfung (SUP) vor und das Gesetz zur Stadtplanung von 2009 sieht in Art. 39 die Durchführung der SUP vor (Socialist Republic of Vietnam & National Assembly 2009). Bislang bestehen aber noch weder Erfahrungen aus praktischer Anwendung noch konkrete Ausführungsvorschriften, wie diese Integration der Umweltbelange in Planung operationalisiert und institutionalisiert werden kann. Entsprechend findet eine Integration und Abwägung, z.B. der Umweltbelange, nicht statt und kann keinen Eingang in nachvollziehbare und belastbare planerische Entscheidungen finden.

In einer sich wandelnden und stärker auf Eigeninitiative aufgebauten Gesellschaft stellt in gleichem Maße die Integration der Interessen und Belange der Bewohner eine neue Herausforderung dar. In der Zeit vor der Erneuerungspolitik hat die Zentralregierung Vietnams alle Bereiche des öffentlichen und privaten Lebens, von der Nahrungsmittelproduktion und -verteilung bis hin zur Bereitstellung von Wohnraum, Bildung, sozialer Versorgung und Arbeitsplätzen bestimmt. Politische Entscheidungsträger übernahmen das Denken und Handeln für das Volk: „Policy makers and the government at all levels were assigned the task of thinking for the people, thinking in place of the people and acting for the people“ (Thai Thi Ngoc Du 2001, S. 2). Es bestand wenig Raum für unabhängiges, zivilgesellschaftliches Engagement; die Menschen engagierten sich vorrangig in Massenorganisationen der Kommunistischen Partei Vietnams (VCP) (ebd.). In der Folge der Erneuerungspolitik wurde die staatliche Fürsorge deutlich reduziert und private Initiativen in einzelnen Bereichen, besonders im Bildungswesen, bei der Wohnraumproduktion und im Umweltschutz, die sogenannte „Sozialisation“ der Infrastrukturversorgung, gefordert (Bolay/Thai Thi Ngoc Du 1999, S. 75; Thai Thi Ngoc Du 2001, S. 4).



Abb. 3: Einkaufszentrum Vincom Center A, Fassade im Kolonialstil; im Hintergrund: Vincom Center B, Nachverdichtung, Einkaufszentrum, Büro- und Wohnnutzung (Foto: Schinkel 2012)

## Rechtliche Vorgaben zur Öffentlichkeitsbeteiligung

Zwei Rechtsvorschriften haben zur Förderung der Öffentlichkeitsbeteiligung in Planungsprozessen beigetragen: zum einen das ‚Grassroots Democracy Decree‘ im Jahr 2003, als Weiterentwicklung der seit 1998 bestehenden ‚Regulations for Implementing Democracy at the Commune Level‘ und das ‚Gesetz zur Stadtplanung‘ – das ‚Law on Urban Planning‘ – im Jahr 2009 (Socialist Republic of Vietnam 1998; Socialist Republic of Vietnam 2003; Socialist Republic of Vietnam & the National Assembly 2009). Das ‚Grassroots Democracy Decree‘ bestimmt vier Ebenen der Öffentlichkeitsbeteiligung in Planungs- und Entscheidungsprozessen: Information („works to be informed to people“), Diskussion und direkte Entscheidungsfindung („works to be discussed and directly decided by people“), Diskussion und Stellungnahme („works to be discussed or commented by people and decided by the commune administrations“) sowie Monitoring und Prüfung („works to be supervised and inspected by people“) (Socialist Republic of Vietnam 1998: Chapter II–V).

Auch das Gesetz zur Stadtplanung, insbesondere Artikel 20 und 21, regelt klar die Notwendigkeit der Öffentlichkeitsbeteiligung bei städtischen Planungsvorhaben. Danach haben Planungsinstitutionen und Investoren Stellungnahmen aller betroffenen Akteure in ihre Planungen einzubeziehen; dies kann sowohl durch die Einsichtgewährung in Planunterlagen als auch durch Konferenzen und Workshops geschehen. Bei übergeordneten Planungsverfahren sollen Stellungnahmen von Einzelpersonen durch gewählte Vertreter zusammengefasst, bei Zoning- oder Detailplanungen durch Einzelbefragungen nach öffentlicher Auslegung der Pläne oder nach Kommunikation der Planinhalte durch die Massenmedien eingeholt werden (ebd.: Artikel 20 und 21).



## Probleme bei der Umsetzung der rechtlichen Vorgaben und Handlungsempfehlungen

Einer aktuellen Studie des Megacity Research Projektes TP. Ho Chi Minh zufolge stellt die praktische Umsetzung der formalen Vorgaben zur Öffentlichkeitsbeteiligung durch den Gesetzgeber für alle Akteure eine Herausforderung dar: Öffentlichkeitsbeteiligung, wie im Gesetz zur Stadtplanung gefordert, ist in Vietnam ein innovativer, wenig erprobter Bestandteil des Planungsprozesses. Weder verfügen beteiligte staatliche Institutionen über nötige Erfahrungen und ausgereifte, auf den lokalen Kontext angepasste, Instrumente und Methoden zur Beteiligung, noch ist die Mehrheit der Bevölkerung über betreffende Rechte und Gesetze ausreichend informiert und zur aktiven Beteiligung befähigt (Bach Tan Sinh 2002, S. 5 ff.). Laut einer hochrangigen Mitarbeiterin der Vietnam Urban Development Authority (VUDA) haben sowohl das ‚Grassroots Democracy Decree‘ als auch das Gesetz zur Stadtplanung zu verstärkter Öffentlichkeitsbeteiligung beigetragen; in einigen Fällen werden die formalen Vorgaben jedoch nicht oder nur sehr oberflächlich, der Form wegen, erfüllt (Megacity Research Project TP. Ho Chi Minh 2012).

Eine Voraussetzung für die Beteiligung aller relevanter Akteure am Planungsprozess ist das Aufbrechen traditioneller Abläufe und Entscheidungsstrukturen. Top-down orientierte Prozesse sollten offen für die „Planung von unten“ werden, da insbesondere Projekte der Stadterneuerung und Umweltplanung auf Nachbarschaftsebene von aktiver Beteiligung der Bewohner am eigentlichen Planungsprozess profitieren können (CIVICUS et al. 2006, S. 12). Hier beklagen besonders zivilgesellschaftliche Akteure die mangelnde Flexibilität im ‚Gesetz zur Stadtplanung‘ (Megacity Research Project TP. Ho Chi Minh 2012). Diesem Mangel versuchen Programme, wie die ‚Asian Coalition for Community Action‘ (ACCA), entgegenzuwirken, indem Bewohnergruppen – mit Unterstützung der Stadtregierungen – befähigt werden, selbstständig kleinere Wohn- und Infrastrukturprojekte zu planen und umzusetzen und so einen politischen Kurswechsel anzustoßen (ACCA 2010, S. 38 ff.).

Eine weitere Hürde für die Umsetzung von Beteiligungsverfahren in Planungsvorhaben ist das Unvermögen staatlicher Institutionen, Planungen und Konzepte aus der Fach- in eine allgemeinverständliche Sprache zu übertragen. Trotz dieser Erkenntnis findet eine Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Organisationen, wie lokalen oder internationalen NROs, die über nötige Kompetenzen verfügen, kaum statt (Megacity Research Projekt TP. Ho Chi Minh 2012). Stattdessen übernehmen regierungsnahе Massenorganisationen, insbesondere die Frauenunion, die Aufgaben der Information und Mediation auf der Graswurzel-Ebene (UNDP 2006, S. 7). Hier sollten ergänzend lokale und internationale Nicht-Regierungsorganisationen (NROs) als Mediatoren in den Planungsprozess integriert werden. NROs verfügen über Erfahrung mit der Arbeit

auf Graswurzel-Ebene und entsprechende Kommunikationskompetenzen. Im Vergleich zu Massenorganisationen sind NROs unabhängiger und können Bewohnergruppen eher zu aktiver und unvoreingenommener Teilnahme ermutigen. Die Nutzung neuer Medien hat den Zugang zu relevanten Informationen, auch zu Stadtentwicklungsprozessen, bereits revolutioniert und einen Beitrag zur Öffentlichkeitsbeteiligung geleistet. Durch die stärkere Einbeziehung sozialer Netzwerke können besonders junge Menschen aktiviert werden, wie im Fall des ‚Green Generation Network‘, welches junge Menschen, die sich für Umwelt- und Ressourcenschutz einsetzen, in 15 Provinzen Vietnams verbindet (Live & Learn 2013).



Abb. 4: Thu Thiem 2010 (Foto: Schinkel 2010)

## Fazit

Die defizitäre Ausbildung des vietnamesischen Planungssystems stellt für die Integration unterschiedlicher Interessen und Belange eine Herausforderung dar. Dazu gehören insbesondere Interessen verbunden mit der rasanten wirtschaftlichen Entwicklung, Anforderungen nachhaltiger Stadtentwicklung und die Sicherung vorhandener Qualitäten, z.B. des baukulturellen Erbes der Innenstadt und existierender Wohn- und Lebensumwelten der Menschen. Nur durch eine verbesserte Integrationsfähigkeit zur produktiven Lösung zunehmender Konflikte der Landnutzung und Urbanisierung wird es zu schaffen sein, zusätzliche Herausforderungen durch aktuelle und zukünftige Folgen des Klimawandels in die Gestaltung einer resilienten Stadtstruktur zu integrieren.

Prof. Frank Schwartz

Vertretungsprofessor am Lehrstuhl für Stadtplanung und Raumgestaltung, Brandenburgische Technische Universität Cottbus

Ulrike Schinkel

Seit 2009 akademische Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Stadtplanung und Raumgestaltung der BTU Cottbus, Megacity Research Project TP. Ho Chi Minh



## Quellen:

ACCA Asian Coalition for Community Action (2010): Second Year Report. (URL: <http://www.indiaenvironmentportal.org.in/files/file/ACCA%20%20Year%20Report%20Dec%202010.pdf>, Zugriff: Februar 2013)

Asian Development Bank (2010): Ho Chi Minh City adaptation to climate change. Summary Report. Mandaluyong City, Philippines.

Bach Tan Sinh (2002): Civil Society and NGOs in Vietnam: Some Initial Thoughts on Developments and Obstacles. Paper presented to the meeting with the Delegation of the Swedish Parliamentary Commission on Swedish Policy for global Development to Vietnam (URL: <http://www.ngocentre.org.vn/files/docs/CSandNGOs%20in%20Vietnam.rtf>, Zugriff: Januar 2012)

Bolay, J. C./Thai Thi Ngoc Du (1999): Sustainable Development, Urbanization, and Environmental Risks: The Priority of Local Actions in Ho Chi Minh City, Vietnam, *Journal of Urban Technology*, 6:2, S. 65-85 (URL: <http://dx.doi.org/10.1080/10630739983669>, Zugriff: December 2011)

Labaye, A./Brugmann, J./Nguyen Van Phuoc/Bao Thanh/Ly Khanh Tam Thao/ Nguyen Anh Tuan/Storch, H./Schinkel, U. (2012): Reality Check: Ho Chi Minh City, Vietnam. In: Otto-Zimmermann, K. (Hg): *Resilient Cities 2: Cities and Adaptation to Climate Change*, Proceedings of the Global Forum 2011. Springer, Dordrecht Heidelberg New York London, S. 373 ff.

Live & Learn 2013: Green Generation. Homepage (URL: <http://www.livelearn.org/projects/green-generation>, Zugriff: März 2013)

Megacity Research Project TP. Ho Chi Minh (2012): The Application of Participatory Planning Approaches in Contemporary Vietnam. Unpublished report, BTU Cottbus

PricewaterhouseCoopers (2009): UK Economic Outlook November 2009 – Which are the largest city economies in the world and how might this change by 2025?

(URL: <http://www.ukmediacentre.pwc.com/Media-Library/UK-Economic-Outlook-November-2009-61f.aspx>, retrieved March 2013)

SIUP South (Southern Institute of Urban and Rural Planning)/MoC (Vietnam Ministry of Construction) (2007): Regional Development Plan for the HCMC Metropolitan Area, HCMC

Socialist Republic of Vietnam (1998): Decree No.29/1998/ND-CP of May 11, 1998 Promulgating the Regulation on the Exercise of Democracy in Communes. (URL: [http://vbqppl.moj.gov.vn/vbqppl/en/\\_layouts/printeng.aspx?id=1578](http://vbqppl.moj.gov.vn/vbqppl/en/_layouts/printeng.aspx?id=1578), Zugriff: Januar 2012)

Socialist Republic of Vietnam (2003): Decree No. 79/2003/ND-CP of July 7, 2003, Promulgating The Regulation on the Exercise of Democracy in Communes. (URL: [http://www.moj.gov.vn/vbqppl/en/Lists/Vn%20bn%20php%20lut/View\\_Detail.aspx?ItemID=8600](http://www.moj.gov.vn/vbqppl/en/Lists/Vn%20bn%20php%20lut/View_Detail.aspx?ItemID=8600), Zugriff: März 2013)

Socialist Republic of Vietnam & National Assembly (2009): Law on Urban Planning, No.32/2009/QH12 (URL: <http://hanoi.eregulations.org/media/Law%20on%20Urban%20Planning%202009%20%28Eng%29.pdf>, Zugriff: März 2013)

Statistical Office Ho Chi Minh <http://www.pso.hochiminhcity.gov.vn/web/guest/niengiamthongke-nam2011> Zugriff: 8.3.2013)

Thai Thi Ngoc Du (2001): Governance and Participation in Vietnam. Discourses on Political Reform and Democratization in East and South-east Asia in the Light of new Processes of Regional Community Building, Project Discussion Paper No. 12/2001(URL: <http://duepublico.uni-duisburg-essen.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-5269/dpr12.pdf>, Zugriff: Dezember 2011)

UNDP United Nations Development Programme (2006): Deepening Democracy and Increasing Popular Participation in Vietnam. (URL: [http://rutgers.academia.edu/PamelaMcElwee/Papers/247436/Deepening\\_Democracy\\_and\\_Increasing\\_Popular\\_Participation\\_In\\_Vietnam](http://rutgers.academia.edu/PamelaMcElwee/Papers/247436/Deepening_Democracy_and_Increasing_Popular_Participation_In_Vietnam), Zugriff: Januar 2012)

## Gebiets- und Artenschutz in der Bau- und Fachplanung

Montag, 13. Mai 2013 in Köln

Montag, 16. September 2013 in Bremen

In der Planungspraxis und bei der Vorhabenzulassung von Bau- und Infrastrukturprojekten bereitet das europarechtlich durch die FFH- und Vogelschutzrichtlinie vorgegebene Habitat- und Artenschutzrecht immer wieder Probleme. Im Spannungsfeld zwischen naturschutzfachlichen und wirtschaftlichen bzw. infrastrukturellen Interessen sehen sich die Beteiligten nicht selten mit einer schwierigen Einschätzung der Realisierbarkeit der geplanten Projekte und fehlender Planungs- und Rechtssicherheit konfrontiert. Angesichts der überaus komplizierten Sach- und Rechtslage und vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen in Gesetzgebung und Rechtsprechung soll in dem Seminar dargestellt werden, welche Fragen und Problemstellungen des Habitat- und Artenschutzes in der Bauleitplanung und bei der Zulassung von Infrastrukturvorhaben typischerweise auftreten und wie diese gelöst werden können. In dem Seminar wird

- ein Überblick über die aktuellen nationalen und europarechtlichen Grundlagen des Naturschutzrechts für die Bau- und Fachplanung gegeben,
- über die aktuelle Rechtsprechung vor allem des Bundesverwaltungsgerichts berichtet,
- anhand konkreter Planungsfälle die Umsetzung gebiets- und artenschutzrechtlicher Vorgaben erläutert,
- Konzepte für die rechtlichen Prüfschritte von der erforderlichen Ermittlungstiefe in der Bau- und Fachplanung bis zur planungsrechtlichen Genehmigung vorgestellt.

Dabei wird aufgezeigt, welche Maßnahmen auf planerischer Ebene getroffen werden können, um Konflikte durch drohende Verstöße gegen gebiets- und artenschutzrechtliche Verbote zu bewältigen.

### Ihr Referent:

**Prof. Dr. Bernhard Stüer**, Rechtsanwalt und Notar, Fachanwalt für Verwaltungsrecht, Honorarprofessor an der Universität Osnabrück. Prof. Dr. jur. Bernhard Stüer ist profunder Kenner des öffentlichen Bau- und Fachplanungsrechts und durch zahlreiche Publikationen (Kommentare, Aufsätze in Fachzeitschriften etc.) und Lehrveranstaltungen ausgewiesen. Er hat als Rechtsanwalt zahlreiche Planungen von Großvorhaben begleitet.

### Veranstaltungsort:

**13. Mai 2013, Köln:** Leonardo Hotel Köln  
Waldecker Straße 11–15, 51065 Köln, Telefon: 0221/67090

**16. Sept. 2013, Bremen:** InterCity Hotel Bremen  
Bahnhofplatz 17–18, 28195 Bremen, Telefon: 0421/1603-0

### Anmeldung und weitere Informationen:

Telefon: 030/390473-420 oder [www.vhw.de](http://www.vhw.de)